

1. Fragenfeld: Asse II

1.1 Sind Sie mit dem zeitlichen Arbeitsablauf der Rückholung zufrieden?

Oder wie möchten Sie diese beschleunigen?

Sigmar Gabriel, MdB SPD	Dorothee Menzner, MdB Die Linke	Uwe Lagosky CDU	Sascha Pitkamin Bündnis90/Die Grünen
<p>Nein, ich bin überhaupt nicht zufrieden. Nach dem Regierungswechsel 2009 hat sich fast drei Jahre gar nichts getan. Der damalige CDU-Umweltminister Röttgen hat es ja zwei Jahre nicht für nötig gehalten, sich überhaupt mal blicken zu lassen. Erst jetzt, kurz vor Ende der Legislaturperiode, ist es gelungen, die längst überfälligen Beschleunigungsverfahren in ein Gesetz ("Lex Asse") zu bringen. Aber statt nun diese Möglichkeiten zu nutzen, behindert das Umweltministerium das Bundesamt für Strahlenschutz in vielen Bereichen. Es sind immer noch viel zu viele Leute unterwegs, die unter der Leitung des Atom-Lobbyisten Hennenhöfer im Ministerium die Rückholung des Atommülls aus der Asse hintertreiben. Diese Leute setzen auf Zeitverzögerung, wo immer es geht. Sie hoffen auf die weitere Verschlechterung der Standsicherheit des Bergwerks, um dann doch den Atommüll dort zu lassen, wo er jetzt ist, weil man keine Bergleute mehr in den Schacht einfahren lassen kann. Deshalb muss sich auch personell an der Spitze des Ministeriums dringend etwas ändern. Atomlobbyisten dürfen nicht für die Asse zuständig sein.</p>	<p>Nein, es dauert mir immer noch zu lange, wobei das vorrangige Bestreben meinerseits mit der LEX Asse ja die Beschleunigung ohne Sicherheits- und Betreibungseinbußen war.</p> <p>So geht die Anhebung des Schwellenwertes ab dem europaweit ausgeschrieben werden muss auf meinen Vorschlag zurück, aber ob die Anhebung ausreichend genug ist muss sicherlich nochmal evaluiert (überprüft) werden. Auch die Möglichkeit der Parallelität von Massnahmen wurde durch das Gesetz verbessert bzw. Maßnahmen werden schon möglich wie etwa der Schachtbau bevor abschließend klar ist dass er auch zum Einsatz kommen wird. Ob das umfassend genug nun alles geschieht oder ob sich weiterer Bedarf an beschleunigenden Regelungen ergibt wird im Laufe des Verfahrens immer wieder zu überprüfen sein.</p>	<p>Nein! Der zeitliche Verlauf des Projektes ist ganz und gar nicht in meinem Sinne, da die Rückholung latent durch einen unkontrollierten Lösungszutritt gefährdet ist und aus meiner Sicht, nach heutiger Planung, viel zu lange dauert.</p> <p>Wir haben gemeinsam in der Asse II Begleitgruppe mit dazu beigetragen, dass die Rückholung des Atommülls aus der Asse Priorität im Asse Gesetz bekommen hat und Genehmigungen als auch Verfahrensabläufe beschleunigt werden.</p> <p>Der Bfs - Fachworkshop im Januar 2012, der zur Beschleunigung der Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Asse beitragen sollte, hat dazu geführt, dass seither von einer Rückholungsdauer von 35 bis 40 Jahren ausgegangen wird. Die Firma Arcadis lieferte Mitte 2012 einen Projektablaufplan, der von einer Rückholung ab dem Jahr 2036 ausging. Dieser Termin wurde dann im Nachgang durch entsprechende Beschleunigungsmöglichkeiten auf 2033 korrigiert.</p> <p>Von einer Rückholung bis zum Jahr 2020 wird nicht mehr gesprochen.</p> <p>Aus meiner Sicht ist das kein Ergebnis, welches mit dem Grundgedanken „die Rückholung zu beschleunigen“ übereinstimmt.</p>	<p>Nein, man gewinnt den Eindruck, dass die eingeleiteten Maßnahmen dem akuten Gefährdungspotential nicht gerecht werden. Die Frage ist nicht ob die Asse absäuft, sondern wann die Asse absäuft. Dieser Zeitpunkt ist nur schwer berechenbar und so muss auch von einer akuten Gefährdung in kürzester Zeit ausgehen. Das spiegelt sich in den Tatsachen wieder, dass das Rückholungskonzept noch gar nicht vollständig in Auftrag gegeben wurde. Dafür möchte aber das BFS in Kürze mit der Verfüllung der Kammern auf der 750 Meter-Sohle beginnen, konnte der ASSE 2 Begleitgruppe aber nicht nachvollziehbar begründen warum diese Maßnahme jetzt sein muss.</p> <p>Für mich ist es unverständlich warum man nicht parallele Wege geht. Spätestens seit der ersten Bohrung weiß man, dass es doch nicht einfach ein Loch in die Wand bohren ist. Stattdessen macht man weiter als hätte man alle Zeit der Welt. Der zeitliche Ablauf der jetzigen Bohrungen erinnert eher an Verschleppungstaktik.</p>

1.2 Was halten Sie davon, ein professionelles Unternehmen zum Projektmanagement aus der Industrie einzusetzen, dass dem BfS zuarbeitet?

Sigmar Gabriel, MdB SPD	Dorothee Menzner, MdB Die Linke	Uwe Lagosky CDU	Sascha Pitkamin Bündins90/Die Grünen
<p>Die Idee wird die Atomwirtschaft freuen, denn sie wird ganz schnell die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) vorschlagen, die sich in ihrem Mehrheitsbesitz befindet. Genau das hatten CDU und FDP ja auch immer vor. Aber damit würden wir den Bock zum Gärtner machen. Und auch andere "Projektmanager" aus der Industrie nützen nichts, weil man für die Rückholung des Atom Mülls sehr große Erfahrungen im Umgang mit dem Atomrecht besitzen muss. Denken Sie nur an die Helmholtz-Gesellschaft, die ja sehr industrienah arbeitet. Die sind an der Asse gescheitert. Und es liegt ja auch nicht an der Unfähigkeit des BfS beim Projektmanagement, sondern daran, dass dort und im Ministerium Leute arbeiten, die die Rückholung bewusst hintertreiben. Schauen Sie sich doch mal an, wer da vom Bundesumweltminister ins BfS geschickt wurde. Die Arbeit des BfS-Präsidenten Wolfram König, der das Konzept der Rückholung ja unterstützt, wird doch regelrecht torpediert.</p>	<p>Als Ingenieurin weiß ich, dass Projektmanagement eine hoch komplexe Aufgabe ist und es da wirkliche Profis gibt. Das kann man auch nicht mal eben so lernen. Dennoch stehe ich einem Outsourcing bei diesem sensiblen Projekt skeptisch gegenüber. Es gilt abzuwägen ob es nicht günstiger wäre, Projektmanager für diese Aufgabe einzustellen und eine entsprechende Abteilung beim BfS aufzubauen, andererseits wären Externe sicherlich unvoreingenommener und mit weniger ggf. auch falschen Loyalitäten behaftet. Vermutlich wäre eine Mischung, sprich eine eigene Projektmanagement-abteilung beim BfS, die sich immer wieder von Externen unterstützen lässt die günstigste Variante.</p>	<p>Entscheidend ist aus meiner Sicht die Zieldefinition. Wenn der Rückholungsbeginn weiterhin für das Jahr 2033 geplant bleibt, wird sich die Projektsteuerung auf dieses Datum ausrichten. Damit werden dann mögliche Verzögerungen vermieden, eine Beschleunigung tritt dadurch nicht ein.</p>	<p>Das klingt erst einmal sinnvoll und mancher Sachkundige rät zu solch einem Weg. Zumindest sollte schnell geklärt werden, ob die Beauftragung eines solchen Unternehmens in Ansehung der hohen Sicherheitsanforderungen, die wir einzuhalten erwarten Zeitgewinne bringen.</p>

1.3 Als was sollte das Salzbergwerk Asse II offiziell bezeichnet werden?

Sigmar Gabriel, MdB SPD	Dorothee Menzner, MdB Die Linke	Uwe Lagosky CDU	Sascha Pitkamin Bündins90/Die Grünen
<p>Als illegales Endlager, in dem die Atomwirtschaft unverantwortliche Billigentsorgung betrieben und der Staat zugeschaut hat.</p>		<p>Als „Endlager“ jedenfalls nicht!</p>	<p>Weiterhin ASSE II. Wird der Begriff „Endlager“ benutzt, schleicht sich der Verdacht ein, dass es eben doch nicht saniert wird, sich mit seinem Müll also im Endzustand befindet.</p>

1.4 Wie kann der am „wenigsten ungeeignete Standort“ für ein Zwischenlager des Asse-Mülls

gefunden werden?

Sigmar Gabriel, MdB SPD	Dorothee Menzner, MdB Die Linke	Uwe Lagosky CDU	Sascha Pitkamin Bündins90/Die Grünen
Das BMU muss ein Konzept entwickeln, das ein faires Auswahlverfahren vorsieht. Darin müssen Strahlenbelastungen ausgeschlossen, Transportwege minimiert und die Sicherheit vor Eindringlingen oder vor Naturkatastrophen gewährleistet sein.	Der am "wenigsten ungeeignete Standort" wird sich nur finden lassen, wenn als erstes ganz klar Kriterien und Anforderungskatalog festgelegt werden, hernach diesen Kriterien entsprechende mögliche Standorte benannt werden und einer vergleichenden Untersuchung unterzogen werden- inkl. Bürgerbeteiligung bei diesen beiden Schritten. Ich würde mir wünschen, dass es vor der endgültigen Festlegung einen Bürgerentscheid gäbe.	In dem man keine Standortvariante im Vorfeld ausschließt und eine auf Kriterien basierende Zwischenlagersuche vornimmt.	Da ist noch kein abschließendes Statement möglich, es fehlen noch wesentliche Informationen. Auf jeden Fall muss auch berücksichtigt werden, dass zu erwartende massenhafte Transporte eine große Belastung gerade für die in der näheren Umgebung lebenden Menschen darstellen.

2. Fragenfeld: Regenerative Energien

2.1 Soll die Erzeugung regenerativer Energien zentral oder dezentral erfolgen?

Sigmar Gabriel, MdB SPD	Dorothee Menzner, MdB Die Linke	Uwe Lagosky CDU	Sascha Pitkamin Bündins90/Die Grünen
Die Energieerzeugung in Deutschland sollte so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig erfolgen. Das heißt, beide Komponenten werden gebraucht. Einen Industriestaat wie Deutschland wird man nicht ausschließlich dezentral versorgen können, denn Windenergie gibt es besonders viel im Norden, die großen Verbraucher aber stehen auch im Süden und Westen.	Erneuerbare Energien müssen ihren großen Vorteil ausspielen können dass sie dezentral erzeugt werden können, da Wind und Sonne überall verfügbar sind. Das ist zum einen notwendig um eine Demokratisierung des Energiemarktes zu erreichen, zum zweiten um die Marktmacht der 4 großen Konzerne in diesem Bereich zu beschneiden, drittens um möglichst viele Menschen etwa über Energiegenossenschaften zu Agierenden und Gewinnern der Energiewende zu machen aber auch um Investitionskosten, etwa in die Netze, gering zu halten und möglichst hohe Effizienz durch möglichst geringe Leistungsverluste beim Transport zu haben.	<i>Dazu ein Auszug aus dem Regierungsprogramm der CDU.</i> <u>Die Energieversorgung von morgen ist vielfältig</u> Die Energieversorgung der Zukunft wird vielfältiger. Wir wollen die Vielfalt von Windenergie an Land und auf dem Meer, Sonnen- und Bioenergie, Wasserkraft und Erdwärme nutzen, sie intelligent miteinander verknüpfen und auf einen gesunden Mix der Energieerzeugungsarten achten. Wir brauchen größere international aufgestellte Energieversorger, die vielen Stadtwerke und private Energieerzeuger wie auch die Wissenschaft gleichermaßen. Deshalb ermuntern wir alle, im Interesse unseres Landes an einem Strang zu ziehen.	Eine Energiewende kann nur mit einem Energiemix gelingen. Eine dezentrale Energiegewinnung ist dabei ein weiterer Baustein um auch die Machtpositionen der Energiekonzerne zu brechen, die immer wieder versuchen eine erfolgreiche Energiewende zu verhindern. Auf diese Weise ist es auch einfacher den Bürger zu integrieren und zu beteiligen.

Podiumsdiskussion von aufpASSEn vom 31.8.2013

Fragen & Antworten an Bundestagskandidat_innen des Wahlkreises 49 – Wolfenbüttel, Salzgitter und Teile von Goslar

		<p>Bis das Zusammenspiel von erneuerbaren Energien, Netzen und Speichertechnik in einigen Jahrzehnten unsere Energieversorgung sichern kann, benötigen wir moderne Kohle- und Gaskraftwerke, um Schwankungen bei den erneuerbaren Energien wirksam auszugleichen. Damit das umwelt- und klimaverträglich geschieht, wollen wir den Bau neuer, effizienter Kraftwerke beschleunigen.</p> <p>Dafür wollen wir für Investoren stabile und verlässliche Bedingungen schaffen, damit der Betrieb solcher Reservekapazitäten wirtschaftlich ist. Durch den Einsatz modernster Technologien kann auch die heimische Braunkohle eine wichtige Rolle spielen.</p> <p>Im Hinblick auf eine Gewinnung von Gas durch das sogenannte Fracking ist für CDU und CSU klar: Gefahren für die Menschen und unser Trinkwasser müssen dabei ausgeschlossen werden. Die Sicherheit hat für die Union absoluten Vorrang. Eine Gasgewinnung mittels gesundheitsgefährdender Chemikalien lehnen wir ab.</p>	
--	--	---	--

2.2 Die Speicherung von Energie wird eine der Schlüsselstellen der Energiewende. Wie möchten Sie deren Entwicklung bis zur Markteinführung vorantreiben?

Sigmar Gabriel, MdB SPD	Dorothee Menzner, MdB Die Linke	Uwe Lagosky CDU	Sascha Pitkamin Bündins90/Die Grünen
<p>Peer Steinbrück hat das Energiekonzept der SPD vorgestellt. Darin sind verschiedene Maßnahmen zur Beseitigung des Speicherdefizits vorgesehen: Allem voran muss sich ein neues Strommarktdesign durch Anreize für Investition in Speicher auszeichnen. Ein Ziel bis 2025 ist die Weiterentwicklung von der „power to gas“-Technologie im großtechnischen Maßstab. Ergänzend muss ein Flexibilitäts- und Speichergesetz geschaffen werden.</p>	<p>Hier ist zum einen ein Kapazitätsmarkt einzuführen aber es muss auch darüber nachgedacht werden eine Speicher- Vergütung zu installieren. Aber auch hier muss das Konzept sein, so dezentral wie möglich. Sicherlich sind aber auch weitere Anstrengungen und auch finanzielle Förderung von Forschung in diesem Segment dringend geboten.</p>	<p><i>Dazu ein Auszug aus dem Regierungsprogramm der CDU.</i></p> <p><u>Versorgungssicherheit garantieren – Netze und Speicher ausbauen</u></p> <p>Damit Strom auch in Zukunft immer an jedem Ort und zu jeder Zeit zur Verfügung steht, treiben wir den Ausbau der Stromnetze voran und entwickeln neue Speichertechnologien. Von besonderer Bedeutung ist der Bau der großen Stromtrassen, die den Strom aus den windreichen Regionen an Nord- und Ostsee in die Ballungszentren im Süden und Westen unseres Landes transportieren.</p> <p>Die regionalen Netze, die den Strom vor Ort zu den Verbrauchern bringen, wollen wir mit Hilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnik zu intelligenten Netzen weiterentwickeln. Ziel dieser „denkenden Netze“ ist es, dass der Strom möglichst dann verbraucht wird, wenn viel Energie produziert und im Netz verfügbar ist. Für den Verbraucher wird der Strom dadurch billiger, weil er ihn dann verbraucht, wenn er kostengünstig angeboten wird. Zugleich werden die Netze gleichmäßiger ausgelastet und sind damit stabiler und weniger ausfallgefährdet.</p> <p>Der Einsatz der erneuerbaren Energien ist bisher wesentlich davon abhängig, dass die Sonne scheint oder es ausreichend windig ist. Beides ist nicht immer gegeben. Gleichwohl brauchen wir verlässlich zu jeder Tages- und Nachtzeit Strom. Deshalb ist der Erhalt und Ausbau von Speichern von besonderer</p>	<p>Auch hier wird es einen Mix aus verschiedenen Komponenten geben. Die Elektromobilität wird dabei z.B. eine große Rolle spielen. Die Ostfalia liefert hier im Bereich des Labors für Elektrotechnik und regenerativer Energietechnik gute und nachhaltige Impulse. Es müssen in diesen Bereichen deutlich mehr Geld zu Forschungszwecken zur Verfügung gestellt werden. Diese Gelder sind Investitionen in die Zukunft.</p>

		<p>Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende und künftige Speicher wie beispielsweise Pumpspeicherwerke, aber auch Wasserstoff- („Power to Gas“) oder Druckluftspeicher durch geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen wirtschaftlich betrieben werden können.</p> <p>Auch Elektrofahrzeuge können beispielsweise überschüssige Windenergie in verbrauchsarmen Zeiten aufnehmen. Sie sind daher auch ein wichtiger Bestandteil der Energiewende. Wir wollen die Entwicklung neuer Speichertechnologien durch Maßnahmen im Rahmen der Hightech-Strategie unterstützen.</p>	
--	--	---	--

2.3 Die Befreiung von der EEG-Umlage belastet die „kleinen Verbraucher“ und entlastet die energieintensiven Unternehmen. Fehlen dadurch nicht Anreize für die Unternehmen, um Energie einzusparen? Wollen Sie der Entwicklung des sinkenden Preises für Großkunden bei gleichzeitigem Preisanstieg für private Verbraucher entgegenwirken?

Sigmar Gabriel, MdB SPD	Dorothee Menzner, MdB Die Linke	Uwe Lagosky CDU	Sascha Pitkamin Bündnis90/Die Grünen
<p>Ein Blick ins Stahlwerk nach Peine zeigt, was passieren würde, wenn die energieintensive Industrie keine Befreiung von der EEG-Umlage mehr hätte: das Unternehmen hätte 50 Mio € höhere Energiekosten und würde morgen geschlossen werden. Und auch in der Flachstahl-AG in Salzgitter würde es gefährlich. Das Problem ist doch eher, dass die aktuelle Bundesregierung die Befreiungen viel zu sehr ausgeweitet hat auf Unternehmen, die diese Befreiung gar nicht brauchen würden. Das muss man zurück nehmen.</p> <p>Die Probleme steigender Strompreise kommen auch nicht zu allererst aus diesen Umlagebefreiungen, sondern aus einer völligen Planlosigkeit bei der Energiewende. Es herrscht schlicht Chaos. Und auch das EEG hätte dringend novelliert werden müssen, weil es aus einer Zeit stammt, als die erneuerbaren Energien noch eine kleine Nischentechnologie waren. Das EEG in seiner alten Form ist heute ein Hindernis der Energiewende und macht sie viel teurer als nötig. All das steht bereits im Ausstiegsbericht der Kommission von Klaus Töpfer - nur hat die Bundesregierung keine seiner Vorschläge umgesetzt. Stattdessen streiten sich dort sechs Minister um die Zuständigkeit der Energiewende.</p> <p>Noch ein Wort zu den Energiesteuern: Sinnvoll ist es, Befreiungen nur noch dann zu geben, wenn im Rahmen eines angemessenen Energiemanagements nachgewiesen wird, dass der Energieverbrauch so weit wie möglich gemindert ist. In Stahlwerken zum Beispiel ist</p>	<p>Hier hat Die LINKE eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Die EEG Befreiungen müssen dringend auf den Prüfstand. Für manche Unternehmen sind sie schlicht unbegründet, mit anderen muss ein Pfad der schrittweisen und planbaren Reduktion der EEG Befreiung verhandelt werden. Andererseits schlagen wir vor, dass wieder eine Strompreisaufsicht eingeführt werden muss (neben Staatlichen Stellen auch besetzt mit Verbraucherschützern und Umweltverbänden) die sicherstellen muss, dass die günstigen Bezugspreise im Einkauf auch an die privaten Kunden weitergegeben werden. Um nur zwei Beispiele zu nennen.</p>	<p><i>Dazu ein Auszug aus dem Regierungsprogramm der CDU.</i></p> <p><u>Sichere, bezahlbare und saubere Energie</u> Die Energiewende ist eine der großen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Herausforderungen und von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Verbraucher und Wirtschaft benötigen eine langfristig sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung. Mit einer Versorgung, die auf erneuerbare Energien und einen geringeren Energieverbrauch setzt, schützen wir zugleich unsere Umwelt und fördern den Klimaschutz. Auf diesem Weg haben wir bereits viel erreicht. Jede vierte Kilowattstunde Strom wird heute aus erneuerbaren Energien gewonnen. Das macht uns unabhängiger von Öl und Gasimporten. Zugleich sichern wir mit dem Ausbau einer auf erneuerbaren Energien fußenden Energieversorgung Arbeitsplätze und Wertschöpfung im eigenen Land. Deshalb wollen wir die Energiewende entschlossen, zügig, und mit Augenmaß voranbringen.</p> <p><u>Deutschland bleibt Industriestandort – mit verlässlichen Rahmenbedingungen und bezahlbaren Energiepreisen</u> Der Umbau der Energieversorgung braucht stabile und verlässliche Bedingungen. Planungssicherheit ist die Grundlage für Investitionen in den Bau neuer Windparks auf hoher See oder für moderne Kraftwerke. Verbraucher und Unternehmen brauchen Klarheit über die Entwicklung der</p>	<p>Genau hier liegt das Problem. So paradox es klingt, aber für einige Betriebe ist es sogar ein Anreiz mehr Energie zu verbrauchen. Durch die Senkung der Grenze für Ausnahmeregelungen von der EEG rechnet es sich für einige Unternehmen den Energieverbrauch zu erhöhen. Sobald die Grenze von einer Gigawattstunde überschritten wird, werden diese von der EEG Umlagebefreit und die Gesamtkosten für Energie sinken. Ein schönes Beispiel für den Irrsinn, wie die jetzige Regierung die Energiewende an die Wand fährt.</p> <p><i>Wollen Sie der Entwicklung des sinkenden Preises für Großkunden bei gleichzeitigem Preisanstieg für private Verbraucher entgegenwirken?</i></p> <p>Ja, auf jeden Fall. Die ist doch der Sinn einer Energiewende. Diese sollte im ersten Augenblick beim Bürger und den mittelständischen Unternehmen ankommen und nicht nur in der Großindustrie.</p>

Podiumsdiskussion von aufpASSEn vom 31.8.2013

Fragen & Antworten an Bundestagskandidat_innen des Wahlkreises 49 – Wolfenbüttel, Salzgitter und Teile von Goslar

<p>das ohnehin heute der Fall und sehr leicht nachzuweisen. In einigen anderen Branchen ist das noch nicht der Fall und es kann mehr getan werden.</p> <p>Die Privathaushalte kann man übrigens auch durch eine Reduktion der Stromsteuer entlasten. Denn der Staat verdient ja zurzeit heimlich an der steigenden EEG-Umlage mit, in dem er darauf auch noch Mehrwertsteuer erhebt. Die Einnahmen dieser "heimlichen" Mehrwertsteuererhebung kann man den Stromkunden über die Senkung der Stromsteuer zurückgeben. Sie soll um 25 Prozent entsprechend des Anteils der Erneuerbaren Energien an der deutschen Stromversorgung in 2013 reduziert werden. Die günstigen Preise an der Strombörse, die gerade durch den Anstieg des Anteils erneuerbarer Energien erzielt werden können, kommen beim Endkunden nicht an. Das muss sich ändern. Auf der Stromrechnung müssen die preisdämpfenden Effekte der erneuerbaren Energien sichtbar sein. Wir werden die Anbieter darum dazu verpflichten, ihre Grundversorgertarife an die Bundesnetzagentur zu melden. Im Vergleich können die Grundversorger identifiziert werden, die mehr als 10 % vom niedrigsten Tarif innerhalb einer Region abweichen. Bei solch überhöhten Grundversorgertarifen soll die Bundesnetzagentur preisregulierend eingreifen.</p>		<p>Energiepreise. Deshalb setzen wir auf marktwirtschaftliche Lösungen mit fairem Wettbewerb, Technologieoffenheit und neuen technologischen Entwicklungen.</p> <p>Die Energiewende ist eine langfristige Aufgabe und mit großen finanziellen Anstrengungen verbunden. Wir wollen sie volkswirtschaftlich verantwortbar umsetzen. Unser Ziel ist, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt. Bezahlbare Energie ist dafür besonders wichtig, gerade für energieintensive Industrien im Wettbewerb mit ausländischer Konkurrenz. Fast eine Millionen Beschäftigte und deren Familien wären die Verlierer, wenn ihre Betriebe im internationalen Wettbewerb nicht bestehen könnten. Deshalb wollen wir diese Unternehmen auch künftig zielgenau entlasten, um Nachteile durch unterschiedliche internationale Rahmenbedingungen bei Steuern und Abgaben auszugleichen.</p> <p>Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat den Ausbau regenerativer Energien beschleunigt und Deutschland hierbei eine Spitzenposition gesichert. Nach der rasanten Entwicklung in den letzten Jahren ist es wichtig, die nächsten Schritte eng mit dem beschleunigten Ausbau der Stromnetze und den anderen Energieträgern zu verzahnen: Ein geschicktes Ineinandergreifen unterschiedlicher Elemente und Energieträger stabilisiert die Versorgung und entlastet die Verbraucher von Kosten.</p> <p>Dazu wollen wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz weiterentwickeln. Unser Ziel sind verlässliche Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren, die Sicherheit für Investitionen und Planungen schaffen. Vor</p>	
--	--	--	--

		diesem Hintergrund werden wir keine rückwirkenden Eingriffe in bestehende Anlagen vornehmen. Nach der bisherigen Anschubfinanzierung muss es jetzt darum gehen, wettbewerbsfähige Preise für erneuerbare Energien zu erreichen, damit sie sich ohne staatliche Hilfen am Markt behaupten können. Zugleich sollen sie mehr Verantwortung für eine stabile Stromversorgung übernehmen.	
--	--	--	--

2.4 Die EEG-Umlage ist auf jeder Stromrechnung ausgewiesen. Wollen Sie auch die Subventionen in die fossile Energiewirtschaft und die Atomwirtschaft transparent aufzeigen?

Sigmar Gabriel, MdB SPD	Dorothee Menzner, MdB Die Linke	Uwe Lagosky CDU	Sascha Pitkamin Bündnis90/Die Grünen
	Genau hier liegt das Problem, schrecken die ausgewiesenen Kosten der Erneuerbaren durch die EEG Umlage sehr verständlich Verbraucher während die Kosten fossiler und atomarer Erzeugung sowie ihre Subventionierung über den allgemeinen Steuerhaushalt quasi unsichtbar bleiben. Dabei sind bei Fossiler und Atomarer Energie die eigentlichen Kosten nur schwer zu beziffern und deutlich höher als die direkte Subventionierung (Kosten für die Lagerung von Atommüll, mögliche Schadenshöhen nach einem nuklearen Unfall, Klimaeffekte und ihre immensen Folgekosten bis hin zu Kriegen um Energieträger). Egal wie man es macht, die Folgekosten der konventionellen Energieerzeugung sind schwer genau zu beziffern, werden sie doch auch nicht alle heute fällig sondern zu großen Teilen erst in mittel- und langfristiger Zukunft. Darauf müsste mehr hingewiesen werden und sie müssten dringend transparenter gemacht werden, alleine für das wie fällt mir keine perfekte Lösung ein.	Alle Preisbestandteile für den Strom werden auf der Stromrechnung genannt. <ul style="list-style-type: none"> • Preise für Lieferung und Leistung • Preise für Netznutzung • Stromsteuer • Umlage nach EEG • Konzessionsabgabe • Umlage nach KWKG • Umlage nach § 19 Abs.2 StromNEV • Offshore Umlage nach § 17 EnWG • Umsatzsteuer Forschungs-, Entwicklungs- und Förderprogramme sind aus meiner Sicht gesondert darzustellen.	Ein guter Gedanke, der sofort umzusetzen ist – leider bislang erfolglos von uns gefordert wurde.

3. Fragenfeld: Atomkraft

3.1 Halten Sie es für vertretbar, einen 3-stellige Millionenbetrag jedes Jahr für die weitere Erforschung der Atomkraft an die EURATOM zu bezahlen sowie die Vergabe von HERMESBürgschaften zum AKW-Neubau? Wie passt dieses zu dem Ausstiegsbeschluss nach Fukushima?

Sigmar Gabriel, MdB SPD	Dorothee Menzner, MdB Die Linke	Uwe Lagosky CDU	Sascha Pitkamin Bündnis90/Die Grünen
<p>Nein. Die Bundesrepublik Deutschland sollte diese Verträge kündigen. Die Zielrichtung des Euratom-Vertrages steht im Widerspruch zu einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung insbesondere durch erneuerbare Energien. Eine Energieversorgung ohne unbeherrschbare Risiken muss zentrale Zielsetzung eines neuen "Energie"-Vertrages sein.</p> <p>Bei den Hermesbürgschaften hat sich die SPD klar gegen eine Verlängerung der Bürgschaftszusagen positioniert. Ich sehe mit großer Sorge die passive Rolle der Bundesregierung nach dem Ausstiegsbeschluss. Nicht nur, dass die Regierung es versäumt, europäisch bzw. international für den Ausstieg auch anderer Länder zu werben, in Deutschland selbst fährt sie die Fortführung der Energiewende nach dem Ausstieg an die Wand.</p>	<p>Nein, aber es passt zu dem Beschluß nach Fukushima, der ja mitnichten ein schnellstmöglicher Ausstieg aus der Atomtechnik ist. Er ist nicht unumkehrbar und bezieht sich auch nur auf die AKWs, nicht aber auf Urananreicherung, Brennelemente-herstellung, Kraftwerksbau in anderen Ländern, Verbot des Imports von Atomstrom etc. Wer wie ich seit Fukushima viele Wochen in Japan verbracht und große Teile des Landes bereist hat und mit Betroffenen, Ärzten, Wissenschaftlern, Aktivisten und Politikern in fortlaufender Diskussion ist weiß zum einen, dass die Katastrophe dort nicht beendet ist und dass der vom Bundestag gefasste Beschluß als Lehre aus der Tragödie zu kurz greift und nicht ausreicht.</p>	<p>Wir haben uns in Deutschland entschieden, aus der Kernenergie auszusteigen.</p> <p>Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Fukushima setzen wir uns sowohl in der EU als auch in der Gemeinschaft der G20-Staaten für einheitliche Sicherheitsstandards auf höchstem Niveau ein. Soweit Exportkreditgarantien für Lieferungen und Leistungen für Kernkraftwerke beantragt werden, legt die Bundesregierung besonders strenge Prüfungsanforderungen an.</p> <p>Unsere Entscheidung zum Auslaufen der Nutzung der Kernenergie betrifft Vorhaben im Inland. Auf die souveräne Entscheidung anderer Staaten, Nukleartechnologie zu nutzen, hat diese Entscheidung jedoch keinerlei Auswirkung. Indem wir aber grundsätzlich bereit sind, auch für den Bau von Kernkraftwerken Exportgarantien auszustellen, nehmen wir Einfluss auf die Realisierung hoher Sicherheits- und Umweltauflagen. Damit leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit von Kernkraftwerken weltweit.</p>	<p>Eigenlich passt das überhaupt nicht zusammen und zeigt auch die Heuchelei, die landauf, landab betrieben wird. Immer noch erhält die Atomwirtschaft wesentlich höhere Subventionen europaweit also jegliche regenerierbare Energieförderung. Hier sieht es eher so aus, als wolle man sich ein Hintertürchen aufhalten um bei Bedarf doch wieder pro Atom einschwenken zu können. Wir stecken ja auch keine Gelder mehr in die Erforschung von Dampfmaschinen, Luftschiffen oder andere Techniken, die von der Zeit überholt wurden</p>

3.2 Ächten Sie Atomwaffen und Uranmunition?

Sigmar Gabriel, MdB SPD	Dorothee Menzner, MdB Die Linke	Uwe Lagosky CDU	Sascha Pitkamin Bündins90/Die Grünen
<p>Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für mich zentrale Überlebensfragen von morgen. Ich will eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Die SPD unterstützt regionale Ansätze für Zonen frei von Massenvernichtungswaffen. Im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages sollten die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden. Von Deutschland sollten neue Impulse der konventionellen Abrüstung und Rüstungskontrolle ausgehen.</p>	<p>Ja!</p>	<p>Wir wollen die Verbreitung konventioneller Waffen stärker kontrollieren und unterstützen jede Initiative, Atomwaffen abzubauen. Deshalb wollen wir auch die Überprüfungsmöglichkeiten der Internationalen Atomenergiebehörde stärken.</p> <p>Persönlich wünsche mir natürlich eine atomwaffenfreie Welt, der Weg dahin ist allerdings weit.</p>	<p>Bedingungslos: ja!</p>